

Antrag

auf Gewährung einer Zuwendung an kleine und Kleinstunternehmen im Rahmen der Richtlinie Nachhaltige Stadtentwicklung (EFRE 2014 bis 2020) und der Förderrichtlinie der Stadt Görlitz vom 30.03.2017

Stadtverwaltung Görlitz
Amt für Stadtentwicklung
SG Stadtsanierung
Hugo-Keller-Straße 14
02826 Görlitz

Nicht vom Antragsteller auszufüllen!	
Eingangsstempel	
Antrag Nr.	

Ich/wir beantrage(n)

eine Zuwendung für die Belegung der lokalen Wirtschaft nach der RL Nachhaltige Stadtentwicklung EFRE 2014 bis 2020 Abschnitt II.1.3b im Fördergebiet „Brautwiesenbogen“

1. Allgemeines

1.1 Antragsteller

Firma	
Straße/Hausnummer	
Postleitzahl/Ort	Name des Bearbeiters
Telefon	Mail
Bankverbindung: IBAN / BIC / Name der Bank	

1.2 Rechtsform

Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (falls notwendig, bitte erläutern)	Zuständiges Finanzamt
	Steuer-Nr.
eingetragen im <input type="checkbox"/> Handelsregister <input type="checkbox"/> Handwerksrolle <input type="checkbox"/> HWK <input type="checkbox"/> IHK	
unter Nr.:	

Dem Antrag ist eine Übersicht über die befugt handelnden Personen beizufügen (Formular).

1.3 Kriterien für eine Förderfähigkeit

Für dieses oder andere Vorhaben wurden/werden Beihilfen bewilligt/beantragt

Anlage: de-minimis-Erklärung

Für dieses Vorhaben wurden/werden andere öffentliche Mittel / Fachförderungen eingesetzt.

ja nein

Bei ja bitte Nachweise beifügen

Einstufung des Unternehmens als „kleines oder Kleinunternehmen (KU)“

Anlagen: KMU-Bewertung

Besteht die Berechtigung zum Vorsteuerabzug?

ja nein

Bei nein ist die Bestätigung des zuständigen Finanzamtes/Steuerberaters vorzulegen

Gegen den Antragsteller bestehen offene Rückforderungsansprüche durch die Kommission

ja nein

2. Angaben zum Investitionsvorhaben

2.1 Investitionsort

Postleitzahl	Ort	Befinden sich weitere Betriebsstätten in Görlitz? Wenn ja bitte Wirtschaftszweig und Branche angeben:
Straße und Hausnummer		

2.2 Vorhaben

Bezeichnung des Vorhabens / Kurztitel

Branche der zur fördernden Betriebsstätte, angebotene DL und Produkte

Mit der Förderung wird beabsichtigt:

<input type="checkbox"/> Erweiterung / Umbau / Sanierung eines bestehenden Betriebes	<input type="checkbox"/> Verlagerung eines Bestandsbetriebes in das Fördergebiet	<input type="checkbox"/> Eröffnung eines neuen Standortes / Existenzgründung
--	--	--

Beschreibung und Begründung des bezeichneten Vorhabens

Die vorgesehenen Investitionen sind in einer Anlage darzustellen. Die detaillierte Vorhabensbeschreibung beinhaltet:

- Aussagen zur rechtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens
- Aussagen zur Marktsituation
- GuV-Rechnung / Bilanz der letzten 2 Jahre
- eine Rentabilitäts- und Ertragsvorschau; bei Existenzgründungen einen

Businessplan/ein Unternehmenskonzept

- Ausführungen zu den zutreffenden Förderkriterien gem. Anlage 2 zur Förderrichtlinie
- Fotos des Ist-Zustandes

3. Angaben zu den Arbeitsplätzen

Anzahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze* zu Investitionsbeginn

Frauen	Männer	Behinderte	Ausbildungsplätze	Summe
1	2	3	4	1 + 2 + 3 + 4

Anzahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze* nach Abschluss der Investition

Frauen	Männer	Behinderte	Ausbildungsplätze	Summe
1	2	3	4	1 + 2 + 3 + 4

* Vorhandene / neue Apl. müssen mit sozialversicherungspflichtig beschäftigten ArbeitnehmerInnen ab 20 h/Woche besetzt werden (ausschließlich Unternehmerarbeitsplätzen)

4. Investitionskosten

Dem Antrag ist eine detaillierte Aufstellung der Investitions- und Anschaffungskosten beizufügen.

Die Wirtschaftlichkeit der Investition ist durch geeignete Maßnahmen nachzuweisen.

		brutto/€	netto/€
4.1	• bauliche Investitionen		
4.2	• Maschinen und Anlagen		
4.3	• Ausstattung von Gebäuden		
4.4	• sonstige investive Ausgaben		
Investitionskosten Gesamt in EURO			
4.5	• abzüglich Einnahmen		
Gesamt in EURO			

5. Finanzierung

• Eigenmittel (Barvermögen, Gesellschafterdarlehen, cash-flow u. ä.)	
• Fremdmittel (Bankkredite u. ä.)	
• weitere Mittel	
• beantragter Zuschuss	
Gesamtfinanzierung (EURO)	
(Vorlage der Finanzierungsnachweise)	

Hinweis: Die Summe der Gesamtfinanzierung muß der Summe der Gesamtinvestitionen entsprechen.

Ich erkläre hiermit, dass die Kostenübernahme nicht förderfähiger Finanzierungsanteile gesichert ist. Nachweise liegen bei.

Ich erkläre hiermit, dass die Finanzierung der im Zeitraum der Zweckbindungsfrist entstehenden Bewirtschaftungs- und Folgekosten gesichert ist.

6. Zeitliche Durchführung der Investition

Die Maßnahme beginnt mit dem Datum des Zuwendungsbescheides und endet mit der letzten Auszahlung an den Antragsteller. Als Maßnahmebeginn zählt der Abschluss eines dem Vorhaben zuzurechnenden Leistungsvertrages ausschließlich Aufträgen für Planung und Bauvorbereitung. Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn kann separat beantragt werden und bedarf einer separaten Bewilligung.

geplanter Beginn:	Tag	Monat	Jahr	geplantes Ende:	Monat	Jahr

Ich beantrage, dass bereits vor Erhalt des Zuwendungsbescheides mit dem Vorhaben begonnen werden darf. Mir / uns ist bekannt, dass aus der Zustimmung der Stadt Görlitz zu einem vorzeitigen Vorhabensbeginn kein Anspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden kann

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Wenn ja, Begründung (ggf. durch Beiblatt ergänzen)
-------------------------------	-----------------------------	--

7. Erklärungen

Allgemeines

- 7.1 Ich/wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben zu diesem Antrag.
- 7.2 Ich/wir erkenne(n) die geltende Förderrichtlinie der Stadt Görlitz über die Gewährung von Zuwendungen an kleine und Kleinstunternehmen vom 30.03.2017 im Rahmen der Richtlinie Nachhaltige Stadtentwicklung EFRE 2014 bis 2020 vom 14.04.2015 an. Mir/uns ist bekannt, dass kein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuwendungen besteht, auch wenn dieser Antrag vollständig eingereicht wurde.
- 7.3 Ich/wir erkläre(n), vor der Erteilung des Zuwendungsbescheides nicht mit dem Investitionsvorhabens begonnen zu haben. Mir/uns ist bekannt, dass unter Beginn des Vorhabens grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages verstanden wird. Grunderwerb, Planung und Bodenuntersuchung bei Bauaßnahmen werden nicht als Beginn des Vorhabens angesehen.
- 7.4 Ich/wir erkläre(n), dass Abwasser und Abfälle, die bei den unter Punkt 4 genannten Investitionen anfallen, ordnungsgemäß beseitigt bzw. entsorgt werden und dass sich die gegebenenfalls entstehenden Luftverunreinigungen in den zulässigen Grenzen halten werden.
- 7.5 Mir/uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der EFRE beteiligt und dass in diesem Falle die Verordnung (EU) 1303/2013 des Rates vom 17.12.2013 (Allg. Bestimmungen über den EFRE...) in Verbindung mit der VO (EU) 1301/2013 vom 17.12.2013 über den EFRE mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung...“ und die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 215/2014 der Kommission vom 07.03.2014 zur Festlegung von Vorschriften für die Durchführung der VO (EU) Nr. 1303/2013 über den EFRE, die VO(EU) Nr. 1407/2013 über die Anwendung der 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU auf De-minimis-Beihilfen vom 18.12.2013, die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 821 der Kommission vom 28.07.2014 mit Durchführungsbestimmungen zur VO (EU) Nr. 1303/2013 zur Übertragung und Verwaltung, Berichterstattung zu den Finanzierungsinstrumenten, die Informations- und Kommunikationsmaßnahmen für Vorhaben und das System zur Aufzeichnung und Speicherung von Daten und die VO Nr. 480/2104 zur Ergänzung der VO (EU) 1303/2013 Anwendung finden.
- Die Kommission vergewissert sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der EG, dass in den Mitgliedstaaten Verwaltungs- und Kontrollorgane vorhanden sind und einwandfrei funktionieren, so dass eine effiziente und ordnungsgemäße Verwendung der Gemeinschaftsmittel sichergestellt ist. Zu diesem Zweck können –unbeschadet der von den Mitgliedstaaten gemäß den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften durchgeführten Kontrollen– Beamte oder Bedienstete der Kommission vor Ort die Operationen, die aus den Fonds finanziert werden, in die Verwaltungs- und Kontrollsysteme unter anderem im Stichprobenverfahren kontrollieren. Uns ist bekannt, dass die zuständige Stelle für die Publizität der Intervention zu sorgen hat. Sie unterrichtet insbesondere:
- a) Die potentiellen Endbegünstigten, die Wirtschaftsverbände, die Wirtschafts- und Sozialpartner, die Einrichtung für die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und die relevanten Nichtregierungsorganisationen über die durch die Intervention gebotenen Möglichkeiten und
 - b) Die breite Öffentlichkeit über die Rolle der Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Intervention und über deren Ergebnisse und
 - c) Gemäß Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe
 - d) der Verordnung ist die Verwaltungsbehörde dazu verpflichtet, eine Liste der Begünstigten zu führen. Ich stimme der Aufnahme in diese Liste zu.

- 7.6 Ich/wir erklären, dass wir unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sind und nachkommen.

Subventionserhebliche Tatsachen

- 7.7 Mir/uns ist bekannt, dass die beantragte Zuwendung aus Mitteln des Programms „Integrierte Stadtentwicklung EFRE 2014 bis 2020“ eine Subvention im Sinne §264 Strafgesetzbuch sowie des Subventionsgesetzes des Bundes (SubvG) vom 29. Juli 1976 ist und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

Mir/uns ist nach §4 SubvG bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist.

- 7.8

Mir/uns ist bekannt, dass subventionserheblich im Sinne dieser Vorschriften sind:

- 7.9 a) Alle Angaben dieses Antrages, der sonstigen beigefügten oder noch auf Anforderung beizubringenden Unterlagen hierzu sowie die Grundlagen des Zuwendungsbescheides und die noch abzuschließenden Verträge, von denen die Bewilligung, die Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteiles abhängig ist.

b) Alle Angaben zu den Mittelabrufen, vornehmlich die Angaben zur gesicherten Gesamtfinanzierung und zur Bonität sowie zur zweckentsprechenden Verwendung der Subventionen,

c) Alle Angaben zu den Verwendungsnachweisen; und insbesondere die Tatsache des jeweils vollständigen und rechtzeitigen Nachweises der zweckentsprechenden Mittelverwendung;

d) Alle Anhaltspunkte, die die teilweise oder vollständige Erreichung des Zuwendungszweckes gefährden oder unmöglich machen; deshalb habe ich auch nach Antragstellung und nach Gewährung der Zuwendungen mitzuteilen, wenn - der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung maßgebliche Umstände sich ändern o. wegfallen

- sich Anhaltspunkte ergeben, dass der Verwendungszweck nicht oder nicht mit der bewilligten Zuwendung zu erreichen ist, vornehmlich wenn sich die Investitionskosten erhöhen oder die Finanzierungsbedingungen ändern, die mit Zuwendungsbescheid vorausgesetzte Anzahl der Ausbildungs- und/oder Arbeitsplätze innerhalb der zeitlichen Bindung nicht gesichert oder benötigt wird, - zu inventarisierende Gegenstände innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr entsprechend Subventionszweck verwendet oder benötigt werden, - ein Insolvenzverfahren gegen mich bzw. die Zuwendungsempfänger(in) beantragt oder eröffnet wird.

Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir gemäß §3 SubvG gegenüber der antragsannahmenden Stelle unverzüglich sämtliche eintretenden Änderungen zu den vorstehend bezeichneten Tatsachen bzw. das Eintreten dieser Tatsachen mitzuteilen habe(n). Mir ist auch bekannt, dass daher auch das Unterlassen von Mitteilungen über Änderungen zu diesen Tatsachen subventionserheblich ist.

- 7.10

Datenschutz

- 7.11 Ich/wir bin/sind damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten beim zuständigen Amt und der Antragsannahmestelle zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden oder die Annahmestelle sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der BRD bzw. bei der Europäischen Kommission zur Verfügung zu stellen.

- 7.12 Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

- 7.13 Ich/wir bin/sind unterrichtet und damit einverstanden, dass die Hausbank, ggf. deren Zentralinstitut, die Stadt Görlitz, die SAB sowie die von ihnen entsprechend den Programmrichtlinien eingeschalteten Projektmanagementstellen die sich aus der Antragstellung und der Förderung ergebenden Daten speichern können.

- 7.14 Ich/wir bin/sind unterrichtet und damit einverstanden, dass eine Datenübermittlung zwischen den vorher genannten Stellen in dem Umfang, wie sie zur Vergabe der Fördermittel bzw. zur Abstimmung der Salden erforderlich ist, erfolgen kann.
- 7.15 Mir/uns ist bekannt, dass man sich verpflichtet, für eine angemessene Publizität zu sorgen, um insbesondere die potentiellen Empfänger der Zuschüsse und die Öffentlichkeit auf die Rolle der
- Gemeinschaft als "Mitfinanzierer" aufmerksam zu machen. Weiterhin ist der Zuwendungsgeber berechtigt, das Vorhaben bei eigenen Veröffentlichungen auf der homepage, in Broschüren o. a. Publikationen zu präsentieren.
- 7.16 Ich/wir verzichte/n im obigen Umfang auf die Rechte aus dem Datenschutz.

Auskünfte

- 7.17 Ich/wir bin/sind unterrichtet, dass zur Bearbeitung dieses Antrages weitere Auskünfte über die persönlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse erforderlich werden können, die von der Stadt Görlitz oder einer von dieser beauftragten Stelle sowie der Hausbank im Bedarfsfall angefordert werden können.
- 7.18 Ich/wir verpflichte/n mich/uns, dass die zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen weiteren Auskünfte über vorgenannte Verhältnisse, die von der Stadt Görlitz oder einer von dieser beauftragten Stelle sowie der Hausbank im Bedarfsfall angefordert werden können, nach Anforderung durch diese Stellen erteilt werden.
- 7.19 Ich/wir erkläre/n mich/uns unwiderruflich damit einverstanden, dass durch das Finanzamt jede von der Stadt Görlitz gewünschte Auskunft über steuerliche Verhältnisse erteilt und unter Umständen Einblick in die Steuerakte gewährt wird.
- 7.20 Ich/wir erkläre/n mich/uns unwiderruflich damit einverstanden, dass, wenn im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen vor Ort, sei es durch die Stadt Görlitz, deren Beauftragte oder durch eine von diesen Stellen bestimmte Prüfungsgesellschaft für notwendig gehalten werden, diese Prüfungen vorgenommen werden. Ich/wir verpflichte/n mich/uns ggf. die Kosten für diese Prüfungen zu übernehmen.

8. Anlagen

- Anlage 1 - Übersicht über befugt handelnde Personen (Formular zu 1.2)
- Anlage 2 - de-minimis-Erklärung (Formular 60381 zu 1.3)
- Anlage 3 - KMU-Bewertung (Formulare 60314, 60314-1 zu 1.3)
- Anlage 4 - Nachweis bei nicht vorliegender Vorsteuerabzugsberechtigung (formlos zu 1.3)
- Anlage 5 - Vorhabensbeschreibung (formlos zu 2.2)
- Anlage 6 - detaillierte Kostenaufstellung (formlos zu 4.)
- Anlage 7 - Finanzierungsnachweis - Bestätigung der Hausbank (Formular zu 5.)
- Anlage 8 - BWA / Jahresabschluss
- Anlage 9 - Umsatz- und Ertragsvorschau bzw. Rentabilitätsvorschau
- Anlage 10 - Unternehmen in Schwierigkeiten (Formular 61369)
- Anlage 11 - Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung (Formular 60451)

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel